

# Der Krieg der Generationen

**Kinderkriegen statt Partys, fordert die ÖVP. Damit ist auch hierzulande der Generationskonflikt entbrannt. Dabei zahlen die Jungen längst drauf, die Alten profitieren überproportional vom System.**

Niemand soll Unterrichtsmi-  
nisterin Elisabeth Gehr  
vorhalten, sie sei kein Par-  
tygirl. Auch sie hat gefei-  
ert, damals, Anfang der  
Sechziger, als blutjunge Volksschulleh-  
rerin in Hart im Zillertal. Steife Reifröcke  
standen damals noch hoch im Kurs, erin-  
nert sich Gehr, und daher gerieten die  
Partys eher „ein wenig harmlos“. Aber  
immerhin.

Gar nicht harmlos ist die Debatte, die  
Gehr diese Woche am Rande des Euro-  
paforums in Alpbach entfachte. Man  
müsse den Generationenvertrag neu dis-  
kutieren, forderte die resolute 61-Jährige.  
Denn schließlich gehe es nicht an, dass  
bei der Staatssanierung immer nur die äl-  
tere Generation zur Kasse gebeten werde.  
Nun sei es an den Jüngeren, ihren Teil  
des Generationenvertrags zu überneh-

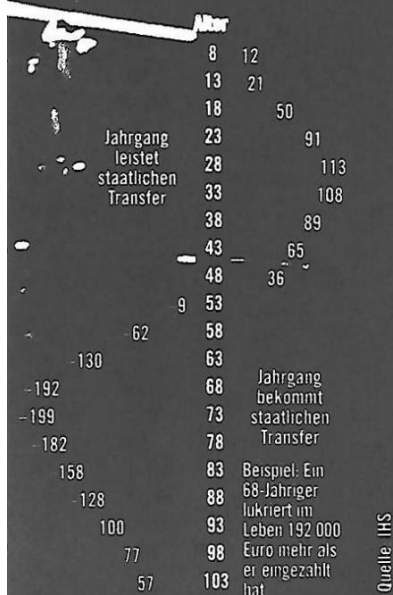
men. „Wir haben den Generationenver-  
trag erfüllt, wir haben für unsere Eltern  
gesorgt und Kinder bekommen“, sagte  
Gehr. Aber die Generation unter 35?  
Nichts als vergnügungssüchtige Singles  
und statusversessene „Dinks“ (double  
income no kids). Die heutige Jugend  
würde lieber „von Party zu Party rau-  
schen“ und eine „Ferienwohnung in Ibiza  
und ein Domizil in Lech“ haben, grum-  
melte Gehr. Dabei sollten sich die unter  
35-Jährigen statt Jetset und Luxusleben  
lieber Werte wie Familie und Partner-  
schaft zu Herzen nehmen und vor allem  
eines tun: endlich mehr Kinder in die  
Welt setzen.

Seitdem geht sie ab, die Generationen-  
debatte. Was eigentlich längst schon aus-  
führlich diskutiert gehörte, als die Pen-  
sionsreform das Land erregte, füllt jetzt  
die Medien. Die Fronten sind klar über-  
sichtlich, und sie gehen quer durch alle  
Parteien: Jung gegen Alt, 35 minus gegen  
65 plus, Pensionisten gegen Erwerbs-  
tätige, Aufbaugeneration gegen Gegen-  
wartsverlierer. Und deutlich wie nie zeigt  
sich: Das Band, das junge und alte Ge-  
neration verbindet, ist bis zum Anschlag  
gespannt, wenn nicht schon zerrissen.  
Die Bevölkerung wird immer älter, die  
Alten werden immer teurer, die Politik  
verschleppt die notwendigen Reformen –  
und den Jungen bleibt nur die dumpfe  
Vorahnung, dass sie einmal für all das zur  
Kasse gebeten werden.

**Das Ende der Solidarität.** Geht es nach  
den Jungen, ist der Generationenvertrag  
längst aufgekündigt worden – aber nicht  
von den Jungen, sondern von den Alten.  
„Der Generationenkrieg ist angezündet“,  
ereifert sich ÖVP-Jugendvertreterin Sil-  
via Fuhrmann über die Aussagen „ihrer“  
Unterrichtsmi-  
nisterin. „Von einer Party-  
generation kann überhaupt keine Rede  
sein“, meint auch Harald Mahrer, der für  
die Berateragentur Legend zuletzt 1.500

## So ungerecht ist die Generationsbilanz

Diese Grafik zeigt, wie viel Steuern,  
Abgaben und Sozialversicherungs-  
beiträge ein durchschnittlicher  
Bürger der jeweiligen Altersgruppe im  
Laufe seines Lebens einzahlt oder her-  
ausbekommt. Deutlich wird: Während  
die Generation der Älteren zu den Nutz-  
nießern des Systems gehört, müssen  
sich die heutigen Mittzwanziger damit  
abfinden, ein Leben lang Nettozahler  
zu sein. So wird ein heute 28-Jähriger  
im Laufe seines Lebens 113.000 Euro  
mehr in das österreichische Sozialsys-  
tem einzahlen, als er herausbekommt.  
Ein 68-Jähriger hingegen profitiert:  
Er bekommt um 192.000 Euro  
mehr Leistungen, als er tatsächlich  
eingezahlt hat.



### Hätten nur alle Österreicher so viele Kinder wie die Regierung: 18 Minister haben 38 Kinder. Ein stolzer Schnitt von 2,11.

Österreicher im Alter von 15 bis 30 Jahren befragt hat. „Wir haben es eher mit einer neuen Biedermeier-Generation zu tun. Sie hat Angst, ist resignativ und hat das Vertrauen in die staatliche Vorsorge gänzlich verloren.“ 68 Prozent halten das österreichische Pensionssystem für nicht generationengerecht, 81 Prozent glauben, dass weitere Reformen notwendig sind. „Wir sind nicht die Gewinner, sondern die Verlierer des Generationenvertrags“, glaubt auch Peter Lehner, Vorsitzender der ÖVP-nahen Jungen Wirtschaft.

Die junge Generation ist misstrauisch geworden – und das völlig zu Recht. Bis zum Jahr 2050 wird sich die Zahl der Personen, die älter als 65 Jahre sind, verdoppeln. 2,34 Millionen Pensionisten genießen dann zwischen Wien und Bregenz ihren Ruhestand – in konventionellen Altersheimen, in häuslicher Pflege und wohl auch zunehmend in so genannten Seniorenresidenzen, der Luxusvariante des Rentendaseins. Im Jahr 2050 müssen hundert Erwerbstätige bereits fünfzig Pensionisten erhalten, prognostiziert die Wirtschaftskammer. Zum Vergleich: Heute kommen auf hundert Aktive 25 Passive. Die Altersbelastungsquote wird sich dadurch von 22,9 Prozent (2000) auf 48,9 Prozent (2050) mehr als verdoppeln.

**Demografischer Super-GAU.** Auch wie sich diese Horrorzahlen auf die Sicherheit des Pensionssystems auswirken, haben die Kammerexperten hochgerechnet: Wollte man die Altersvorsorge in Österreich völlig absichern, müsste man die Pensionen entweder sofort um 45 Prozent kürzen – oder das Pensionsantrittsalter um elf Jahre anheben. Die umstrittene Pensionsreform der schwarz-blauen Regierung, die Anfang kommenden Jahres in Kraft tritt, wirkt da bloß homöopathisch. Sie lindert die akuten Schmerzen des Systems, geheilt ist es noch lange nicht. Alle Prognosen gehen davon aus, dass das Problem der staatlichen Pensionsvorsorge zwischen den Jahren 2020 und 2030 unlösbar wird.

Aber die Jungen werden nicht nur für die finanz- und sozialpolitischen Sünden der Gegenwart zahlen, sondern auch die „versteckten“ Schulden des Staates zu begleichen haben. Zu jenen zählen Pensionsverpflichtungen genauso wie umlagefinanzierte Sozialleistungen. IHS-

Ökonom Reinhard Koman: „Es gibt ein großes Ungleichgewicht zu Lasten der jüngeren Generation – und dieses Ungleichgewicht ist maßgeblich eines des Pensionssystems.“

Wie viel eine Generation für die Gesellschaft leistet oder wie viel sie vom Staat bekommt, welche Jahrgänge also im Schnitt zu den Profiteuren und welche zu den Verlierern des österreichischen Sozialsystems gehören, lässt sich im Rahmen einer Generationenbilanz berechnen. Koman hat gemeinsam mit zwei Kollegen aus den USA und der Schweiz eine solche Bilanz für Österreich erstellt. Das Ergebnis beschämt die Gehrer-Generation – und gibt der vermeintlichen Partygeneration Recht (siehe Grafik auf Seite 21).

Denn die Jungen zahlen ins Sozialsystem mehr ein, als sie je bekommen wer-

Die Vertreter der Partygeneration: ÖVP-Jungmandatarin Silvia Fuhrmann (Kinderwunsch: zwei).

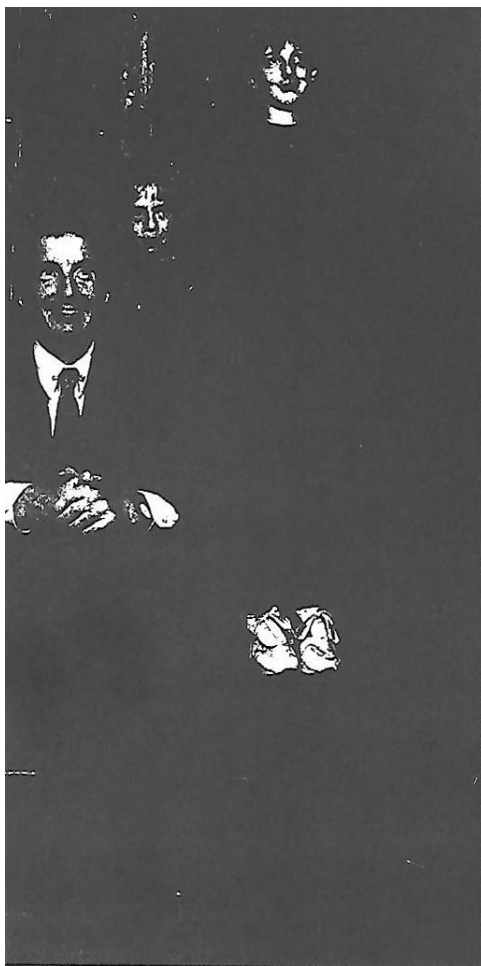


den. Und die Alten kriegen mehr heraus, als sie je eingezahlt haben (siehe Grafik). Wenn man so will, hat die Generation der unter 35-Jährigen den Generationenvertrag übererfüllt. Und die Generation der über 65-Jährigen dürfte ruhig noch ein bisschen mehr Solidarität zeigen.

**Steuer für reiche Rentner.** Genau jene Solidarität fordern Jungpolitiker, Opposition und Experten unisono ein – in Form einer zusätzlichen „Pensionistensteuer“ für gut bezahlte Rentner. Tirols Landeshauptmann Herwig van Staa (ÖVP) kann sich eine Solidarabgabe ebenso vorstellen wie SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer (er will Bezüge von über 2.400 Euro heranziehen), der steirische ÖAAB-Obmann

Hermann Schützenhofer („Ich bin für eine Solidarabgabe von 1,5 Prozent für jene, die über der Höchstbemessungsgrundlage von 3.360 Euro sind“) oder ÖVP-Jungpolitikerin Silvia Fuhrmann („Gelebte Generationengerechtigkeit ist keine Einbahnschiene“). Pensionsexperte Bernd Marin forderte in Alpbach von den Pensionisten sogar einen Obolus von zehn Prozent ein.

Wie immer dieser Solidarbeitrag ausschauen würde, er träfe nicht die Ärmsten der Armen. Rund 150.000 Rentner, unter ihnen vor allem höhere Beamte im Ruhestand, streifen pro Monat mehr als die Höchstbeitragsgrundlage von 3.360 Euro ein. Zum Vergleich: Die durchschnittliche ASVG-Rente liegt bei 800 Euro.



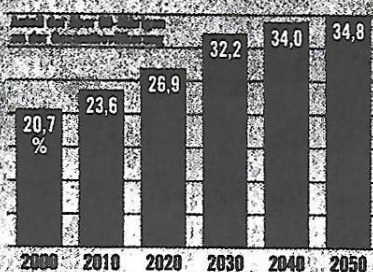
Die Großfamilie als ÖVP-Ideal: Wirtschaftsminister Bartenstein mit vier seiner fünf Kinder.

Unterrichtsinministerin Gehr, die neue Jeanne d'Arc der älteren Generation, hält nichts vom Pensionistenschöpfen: „Die Diskussion kann nicht immer nur darum gehen, was streichen wir den Pensionisten noch weiter weg. Die Pensionisten zahlen ab 1. Jänner 2004 Solidarbeiträge in der Höhe von zehn Prozent, Politiker sogar 15 Prozent. Das sind Abschläge, die sind in der Pensionsreform definiert.“ Vielmehr ließe sich der Generationenvertrag nach Gehrs Meinung am Ende nur dadurch einlösen, dass wieder mehr Kinder gezeugt werden. Gehr: „Die Frage lautet: Wie kann man es in der Gesellschaft wieder schick machen, Kinder zu haben?“ Und da ihrer Meinung nach vonseiten der Politik mit dem Kindergeld die „beste Familienförderung der Welt“ existiere, müsse man sich nun wieder mehr über „Werteinstellungen“ zu Familie und Partnerschaft unterhalten. Dem Bundeskanzler ist zum Thema auch gleich das passende Wortspiel eingefallen: „Österreich“ und „Kinderreich“ reimte er nach dem Ministerrat diesen Dienstag, ganz kindgerecht.

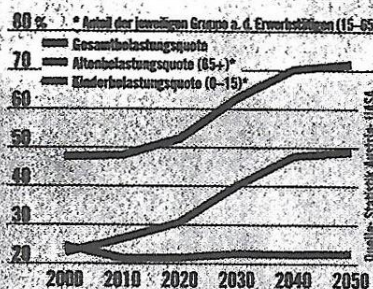
Aber Kindersegen lässt sich schon seit Jahrzehnten nicht mehr von oben verordnen, und deshalb raten Experten im Kampf um die Sicherung des Generationenvertrags eher zu anderen Strategien. Erstens: gezielte Zuwanderung.

## Die teuren Alten

Der Anteil der über Sechzigjährigen an der Gesamtbevölkerung steigt ...

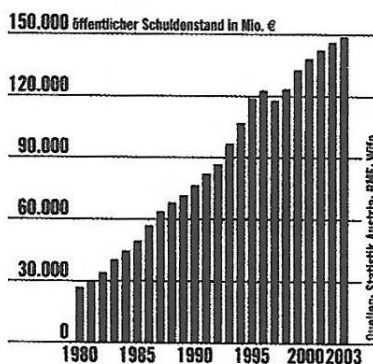


... und damit die Altenbelastungsquote



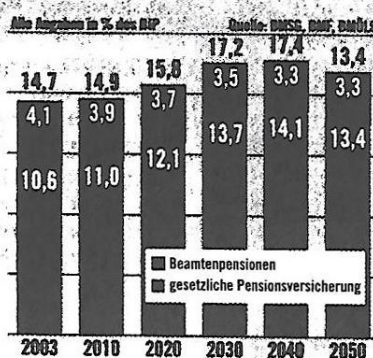
## Das bittere Erbe

Die Verschuldung des Staates Österreich wächst weiter.



## Die Last der Pension

Die Ausgaben für die Pensionsversicherung stabilisieren sich erst nach 2040.



Zweitens: Erhöhung der Frauenerwerbsquote.

Nach den jüngsten mittelfristigen Wirtschaftsprognosen des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) braucht Österreichs Wirtschaft bis zum Jahr 2008 165.000 zusätzliche Beschäftigte – Menschen, die Steuern zahlen und das Pensions- und Sozialsystem am Laufen halten. Um den Bestand an erwerbsfähigen Personen aufrechtzuerhalten, müssten pro eine Million Einwohner 6.000 Migranten ins Land kommen, hat die UNO errechnet. „Das sind Zahlen, die auch für Österreich gelten“, glaubt der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung in der Wirtschaftskammer, Markus Beyrer. Zuwanderung von qualifizierten Menschen ist in Österreich aber nach wie vor ein Tabu, erst recht, seit die FPÖ in der Regierung sitzt. Zwei bilaterale Beschäftigungsabkommen, jene mit Tschechien und der Slowakei, werden seit Monaten von der FPÖ blockiert.

## Allianz der Jungen im Parlament.

Bleibt die Nutzung der „stillen Reserven“ am Arbeitsmarkt: ältere Menschen und vor allem Frauen. Nicht einmal zwei Drittel der Frauen in Österreich arbeiten. In Frankreich liegt allein die Frauenerwerbsquote unter Müttern mit zwei Kindern bei 75 Prozent. 99 Prozent aller französischen Kinder besuchen ab dem dritten Lebensjahr die staatliche Vorschule. In Österreich ist nicht einmal eine flächendeckende Versorgung mit Kindergruppen gegeben. Stattdessen streiten sich Bund und Länder, wer für die Kinderbetreuungseinrichtungen zuständig ist und wer sie bezahlen soll. „Im Zuge der Generationen-debatte kommt die Regierung drauf, dass ihr das Geld für die Kinderbetreuungseinrichtungen fehlt. Aber was hat sie gemacht?“, kritisiert Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl: „Für das Kindergeld hat sie den Familienlastenausgleichsfonds ausgeplündert. Das Geld ist einfach verpulvert worden.“

Aber so läuft die Party, wenn die „heilige Interessenallianz der 45- bis 55-Jährigen“ die Reformpolitik der Regierung bestimmt, ärgert sich ÖVP-Jungmandatarin Fuhrmann. Wenn die Herbstsession im Parlament beginnt, will Fuhrmann einen neuen Anlauf für eine parteiübergreifende Jugendplattform starten. „Wir müssen aufhören, innerhalb der Parteigrenzen zu denken, und uns endlich ordentlich zusammentun“, fordert sie tapfer. Es wäre allerdings das erste Mal, dass Jung im Kampf gegen Alt gewinnt.

– BARBARA TÓTH